

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten David Stögmüller, Meri Disoski, Agnes-Sirkka Prammer, Freundinnen und Freunde

betreffend Kriminalisierung von LGBTIQ+-Personen in der Türkei stoppen und Einhaltung der Menschenrechte fordern

BEGRÜNDUNG

In der Nacht vom 12. auf den 13. September 2026 kam es in der Türkei zu einer beispiellosen, landesweiten Repressionswelle gegen die LGBTIQ+-Community. An mindestens 38 Standorten, darunter Metropolen wie Istanbul, Ankara, Izmir und Antalya, durchsuchten Polizeibehörden gezielt Privatwohnungen queerer Aktivist:innen, Lokale sowie Vereinsräume zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Kaos GL.¹ Laut Amnesty International (AI) leiteten die Behörden im Rahmen der Razzien Ermittlungen gegen mehr als 160 Verdächtige, neun Organisationen und 13 Unternehmen ein. Mehr als 60 Personen wurden festgenommen und 23 Personen befinden sich in Untersuchungshaft.² Begleitet wurden die Durchsuchungen von staatlicher digitaler Zensur. Laut AI wurden dabei mehr als 180 Social-Media-Konten von LGBTIQ+-Organisationen, Aktivist:innen, Journalist:innen und Medienunternehmen sowie zahlreiche Webseiten gesperrt oder eingeschränkt.³

Diese Eskalation stellt eine eklatante Verletzung der Grund- und Menschenrechte dar. Unter dem zynischen Deckmantel des „Familienschutzes“, getarnt als Regierungsinitiative „Dekade der Familie“ und unter dem Zynismus der Razzien „Ailem Güvende“ („Meine Familie ist in Sicherheit“), konstruiert der Staat Vorwürfe wie „Unzucht“ und „Prostitution“. Diese künstliche Konstruktion von Straftatbeständen dient eindeutig nur dem Zweck, das friedliche Engagement von queeren Aktivist:innen zu kriminalisieren. Wer Lokale stürmen lässt, zivilgesellschaftliche Strukturen zerschlägt, Informationskanäle zensiert und Aktivist:innen wie Kriminelle behandelt, führt einen gezielten Feldzug gegen die eigene Zivilgesellschaft.⁴

Die queere Community wird systematisch als politisches Feindbild instrumentalisiert und diffamiert, um von gravierenden hausgemachten Krisen im Land abzulenken und eine religiös-konservative Wählerschaft zu mobilisieren. Grundrechte und rechts-

¹<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-09/tuerkei-razzien-lgbt-aktivisten-kaos-gl-gxe>

² <https://www.amnesty.de/aktuell/tuerkei-razzien-lgbti-festnahmen>

³ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-09/lgbtq-aktivisten-tuerkei-festnahmen-polizeirazzien-istanbul>

⁴ <https://www.derstandard.at/story/3000000339931/proteste-gegen-lgbtq-razzien-t252rkische-polizei-nimmt-150-menschen-fest>

staatliche Prinzipien werden dabei schrittweise außer Kraft gesetzt. Die Razzien und staatlich gelenkten Hetzkampagnen fügen sich nahtlos in ein Muster ein, mit dem die türkische Regierung Oppositionelle systematisch mundtot macht und den Handlungsspielraum der gesamten Zivilgesellschaft drastisch einschränkt. Wie Yildiz Taghizade vom Verein für die Menschenrechte der Frau (KIH) treffend feststellt: „Das Ziel ist hier nicht nur, LGBTQ-Personen zur Zielscheibe zu machen, sondern es der LGBTQ-Bewegung faktisch unmöglich zu machen, Politik zu machen, sich zu organisieren, Rechte einzufordern und im öffentlichen Raum präsent zu sein.“⁵

Die Maßnahmen stießen auch international auf scharfe Kritik: Sowohl die Europäische Kommission als auch der Türkei-Berichtersteller des Europäischen Parlaments, Nacho Sánchez Amor, verurteilten die Durchsuchungen und die Durchsetzung einer moralischen Agenda als eklatante Menschenrechtsverletzung.⁶ Michael O'Flaherty, Menschenrechtskommissar des Europarats, appellierte an die türkischen Behörden, die Rechte der LGBTIQ+-Zivilgesellschaft zu wahren.⁷

Begrüßenswert ist es, wenn Herr Vizekanzler Andreas Babler und Frau Bundesministerin Beate Meini-Reisinger die Türkei als Unterzeichnerstaat an die Verpflichtung und Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention erinnern, aber das allein reicht nicht. So wichtig die Türkei als geopolitischer und strategischer Partner für Europa und Österreich auch ist: Eine pragmatische Zusammenarbeit darf niemals bedeuten, bei systematischen schweren Menschenrechtsverletzungen wegzusehen oder zu schweigen.

Die mutigen Menschen in der Türkei, die sich trotz staatlicher Verfolgung täglich für Gleichberechtigung, Grundrechte und Menschenwürde einsetzen, verdienen nicht nur die volle Solidarität Österreichs, sondern auch konkreten politischen Rückhalt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

⁵ <https://www.dw.com/de/kritik-an-lgbtq-razzien-in-der-t%C3%BCrkei-w%C3%A4chst/a-79272670>

⁶ <https://www.derstandard.at/story/3000000339529/landesweite-razzien-gegen-lgbt-vereine-in-der-t252rkei-festnahmen?ref=niewidget&rank=11>

⁷ <https://kurier.at/politik/ausland/tuerkei-lgbt-proteste-festnahmen/403190551>

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert:

1. sich gegenüber der türkischen Regierung nachdrücklich für die sofortige und bedingungslose Freilassung aller festgenommenen Aktivist:innen sowie für die Einstellung der politisch motivierten Verfahren einzusetzen;
2. die jüngsten Razzien, Festnahmen und Grundrechtsverletzungen gegenüber LGBTIQ+-Aktivist:innen sowie der Zivilgesellschaft in der Türkei bilateral auf das Schärfste zu verurteilen und unmissverständlich anzusprechen;
3. sich gegenüber der Türkei dafür einzusetzen, dass LGBTIQ+-Aktivist:innen und Vereinigungen ihre Arbeit ohne Diskriminierung, Kriminalisierung, Einschüchterung oder Repressalien ausüben können;
4. auf europäischer Ebene aktiv für ein geschlossenes, klares und wirksames Auftreten der Europäischen Union und der Europäischen Kommission gegen die systematische Verfolgung der queeren Community und die Aushöhlung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Türkei einzutreten.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.

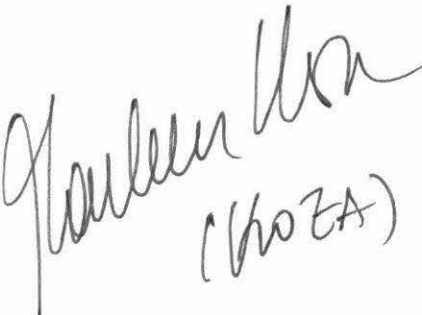

(Nehh)


(Gammertinger)


(Dissler)


(Prammer)


(Reinold)


(Kotz)

	Unterzeichner	Parlamentdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-14T19:56:57+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	